

ZEIT FÜR GRÜN



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

DEZEMBER 2023

Bündnis 90/Die Grünen zu aktuellen Themen



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Welt, in der wir leben, ist aus den Fugen geraten. Der andauernde Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine, die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas, die latente Gefahr eines Terroranschlags in Europa und auch bei uns in Deutschland verursachen bei den Bürgerinnen und Bürgern Ängste. Ängste vor einer ungewissen Zukunft, Ängste vor den vielen Flüchtlingen und eben auch Ängste vor den finanziellen Lasten, die auf uns zukommen.

In dieser Gemengelage gewinnt die rechtsnationale AfD an Boden und versucht, als guter Freund oder verständnisvoller Nachbar Lösungen im Sinne ihrer politischen Ausrichtung zu präsentieren. Dies bereitet nicht nur uns Grünen wiederum Sorgen: hier heißt es mit allen demokratischen Kräften gegenzusteuern.

In Alfter sorgt die Debatte um die Grundsteuer B für hohe öffentliche Aufmerksamkeit. Wir haben viel Verständnis dafür und beschäftigen uns intensiv in dieser Zeitung mit dem Problem. Wir hoffen, dass unsere Informationen zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen.

Mit dem Jahr 2024 wird sich für die Ratsfraktion eine Änderung ergeben. Wilhelm Windhuis möchte nach 20 Jahren die Geschicke der Fraktion in jüngere Hände legen. Die Nachfolge als Fraktionsvorsitzender wird Dr. Dominik Larue antreten. Wilhelm Windhuis wird der Fraktion aber weiter erhalten bleiben.

Michael Schroerlücke und
Wilhelm Windhuis

Kommunalpolitik in Alfter – Zukunft gestalten trotz Dauerkrise; Gedanken zur Ratsarbeit der aktuellen Wahlperiode

Im September 2020 haben die Bürgerinnen und Bürger uns Grüne mit einem hervorragenden Wahlergebnis ausgestattet. Schon seit einigen Jahren waren wir bereits die zweitgrößte Fraktion, doch in der aktuellen Ratsperiode sind wir erstmals mit zehn Mitgliedern im Gemeinderat vertreten. Das große Vertrauen der Wählerinnen und Wähler war und ist für uns ein doppelter Auftrag: Wir setzen die verlässliche Arbeit der letzten Jahre fort und entwickeln gleichzeitig neue Lösungen für aktuelle Probleme.

Krise und Verantwortung

Im Wahlprogramm aus dem Jahr 2020 haben wir unsere Pläne für eine breite Palette kommunalpolitischer Themen dargelegt. Hierzu zählten unter anderem Verbesserungen in der Verkehrsplanung, für den Radverkehr und für den ÖPNV, eine nachhaltigere Baulandentwicklung und Flächennutzung und eine Gemeinde, die attraktiv ist für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen. Auch wenn niemand ahnen konnte, in welchem Ausmaß globale Krisen (von der Pandemie über den Ukrainekrieg bis hin zu den Auswirkungen der Klimakrise mit Starkregen, Flut und Hitzewellen) die nächsten Jahre prägen sollten, so entstand das Programm doch bereits in einer Zeit der Unsicherheit. Es war im Herbst 2020 noch unklar, wie sich die Corona-Pandemie weiterentwickeln würde und wie die mittel- bis langfristigen Auswirkungen auf Gesundheit, Gesellschaft, Wirtschaft und Gemeindefinanzen sein würden. Drei Jahre später muss man feststellen, dass die Krise zum Regelfall geworden ist. Die Gemeinde Alfter muss sich mit den Folgen der Starkregenkatastrophe auseinandersetzen und in Hochwasserschutz und Klimafolgenanpassung investieren. Steigende und mittlerweile konstant hohe Zahlen an Zuflucht-suchenden zwingen uns zum Ausbau der Unterkünfte, um ein menschenwürdiges Obdach zu bieten und gleichzeitig die Turnhallen für Schulen und Vereine offen zu halten. Gleichzeitig muss die Gemeinde ihren kommunalen Pflichtaufgaben zum Wohle der Bevölkerung nachkommen und in weitere wichtige Bereiche investieren: wir brauchen nun mal Schulen, Kindergärten, eine leistungsfähige Feuerwehr und den Ausbau klimafreundlicher Technologien für

Energie, Bauen und Mobilität. Dies alles muss getan werden, auch in Zeiten steigender Zinsen und wirtschaftlicher Instabilität. Wir haben uns im Rat hier immer für nachhaltige und vernünftige Lösungen eingesetzt und uns konstruktiv eingebracht. So haben wir etwa zahlreiche Vorschläge gemacht, wie man das Gymnasium wirtschaftlicher errichten und die Haushaltskonsolidierung unterstützen kann. Zwar konnten wir mithilfe, die Grundsteuererhöhung in dem zunächst von Bürgermeister und Kämmerer vorgeschlagenen Ausmaß zu verhindern, doch ist jede Steuererhöhung keine leichte Entscheidung und eine bittere Medizin. Populistische Realitätsverweigerung, wie wir sie im Moment auch hier in Alfter immer häufiger sehen, hilft uns aber nicht weiter. Niemand wird der Gemeinde Alfter bei der Erfüllung ihrer Aufgaben helfen, wenn wir selbst uns wegducken und auf ein Wunder hoffen. Entscheidend ist, dass wir im Rat weiterhin das Agieren von Bürgermeister und Verwaltung kritisch begleiten, hinterfragen und auf bestmögliches Projektmanagement drängen.

Akzente für die Zukunft

Auch wenn man es angesichts der aktuellen Lage und beim Blick auch in die lokale Presse manchmal leicht vergessen kann. Kommunalpolitik ist mehr als Krisenmanagement. Es geht darum, zu gestalten und Akzente für wichtige Zukunftsthemen zu setzen. So konnten wir etwa als wichtige Maßnahme der politischen Bildung und der besseren Beteiligung junger Menschen erstmals die Einrichtung eines Jugendbeirats erwirken. Wir haben umfassende Vorschläge in der Verkehrspolitik gemacht, von Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit für Fußgänger bis hin zu einem umfangreichen Antrag zur Einrichtung von Fahrradstraßen.

Der Stillstand in vielen wichtigen Zukunftsbereichen und das Aufschieben von dringend notwendigen Investitionen sind nicht nur Merkmale der Regierungszeit von Angela Merkel im Bund. Die vordergründige Stabilität, das „es sich gemütlich machen“ mit dem Erreichten und das Ausblenden notwendiger Entwicklungen kann man auch in Alfter gut beobachten. So hätte ein weit-sichtigeres Agieren in Sachen weiterführende Schule vor langer Zeit dazu führen können, dass wir nicht ausgerechnet heute – in einer Phase finanzieller Instabilität, hoher Baupreise und steigender Zinsen – die Erweiterung des Schulbaus in Oedekoven angehen müssen (siehe hierzu auch den Artikel von Eckhard Klieme). Ähnliches gilt für die dringend nötige Erneuerung der

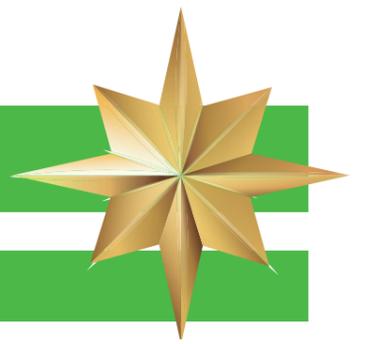
Feuerwehrgerätehäuser. Ein konsequenterer Ausbau von ÖPNV und Radverkehr und Parkraumkonzepte für die Ortskerne hätten zudem die Mobilitätswende längst voranbringen und die Lebensqualität in Alfter positiv beeinflussen können. Ein Ausbau der Hangbuslinie 882 wurde aber gerade z.B. von einer Mehrheit im Rat gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt. Auch Klimaschutz und Energiewende müssen weiter vorangetrieben werden; nur langsam wurde der Einstieg in die Erneuerbaren Energien bei den gemeindeeigenen Liegenschaften angegangen. Wir brauchen mehr öffentliche und vor allem auch private Investitionen in die Erzeugung regenerativer Energien. Die Gemeinde ist hier nicht immer der Hauptakteur, könnte aber sehr wohl durch Koordination und Kommunikation viel zu einem schnelleren Wandel im privaten Sektor beitragen. Bei all diesen Themen bleiben wir auch in Zukunft am Ball und werden in den nächsten Monaten und Jahren weiter kontinuierlich unsere Ideen für unser gemeinsames Alfter einbringen.

Unsere Demokratie in Alfter

Wichtig ist uns dabei die faire und respektvolle Zusammenarbeit sowohl mit den Mitarbeitenden der Verwaltung als auch mit den Kolleginnen und Kollegen des Rates. Es ist entscheidend für das Ansehen der Demokratie, dass sich die Handelnden mit Achtung begegnen und sich konstruktiv mit Sachfragen auseinandersetzen; es geht um eine gesunde Debattenkultur, aber auch um eine sorgfältige und rechtzeitige Vorbereitung von Unterlagen, die eine demokratische und fundierte Meinungsbildung erst ermöglichen. Nur so strahlen Politik und öffentliche Verwaltung die nötige Seriosität und Zuverlässigkeit aus. Diese braucht es, damit Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen, dass sich Politik und Verwaltung mit den Herausforderungen der Gesellschaft und nicht nur mit sich selbst, ihren persönlichen Ambitionen und taktischen Manövern beschäftigen. Wenn man sich anschaut, wie sich seit dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag und die Landtage das Klima der Debatten verändert hat, dann bekommt man einen Eindruck davon, worauf diese Kräfte eigentlich zielen. Wir Grüne stehen auch in Zukunft bereit, uns solchen Tendenzen entschlossen entgegenzustellen und laden alle in der Alfterer Politik, in Rat und Bürgerschaft dazu ein, gemeinsam und entschieden Demokratie vor Ort zu leben und konstruktiv die Zukunft unserer Gemeinde zu gestalten.

Dominik Larue





Haushalt der Gemeinde

Die finanzielle Lage der Kommunen in NRW ist beunruhigend. Nach einer Umfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW, dem Zusammenschluss von 360 kreisangehörigen Gemeinden in NRW, haben rund 60% der Kommunen angegeben, in 2024 ein Haushalts-sicherungskonzept aufstellen zu müssen. Die Steuereinnahmen können mit den stark steigenden Kosten und der Übernahme von Aufgaben aus Bund und Land nicht annähernd Schritt halten. Neben den grundsätzlich fehlenden Mitteln für die Zuweisung von Aufgaben aus Bund und Land – Stichwort Konnexität - drohen weiter Mindereinnahmen durch das Wachstumschancengesetz und das Zukunftsfinanzierungsgesetz. Deshalb greifen die Kommunen auf das Mittel der Erhöhung der Hebesätze zurück. Auch die Gemeinde Alfter wird an dieser Schraube drehen müssen. Die Verwaltung hat im Dezember 2022 angekündigt, dass der Grundsteuerhebesatz ab 2024 auf 1500% und ab 2027 auf 1.800%-Punkte angehoben werden müsse, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Diese Ankündigung hat die politische Diskussion um die Anhebung der Grundsteuer regelrecht angeheizt. Wir begrüßen die hohe öffentliche Aufmerksamkeit, die die Haushaltspolitik in Alfter im Moment erhält. Neben berechtigten Kritikpunkten erleben wir auch Argumente, die einer Stellungnahme von unserer Seite aus bedürfen.

Wofür muss die Gemeinde Alfter Geld ausgeben?

Die Kommunen in NRW können nicht alle ihr zufallenden Aufgaben selbst erledigen. Deshalb übernehmen der Rhein-Sieg-Kreis (RSK) und der Landschaftsverband Rheinland (LVR) Aufgaben für uns. Die anfallenden Kosten werden über sog. Transferleistungen mit dem RSK und dem LVR verrechnet. Allein diese Transferaufwendungen machen fast 50% der Ausgaben der Gemeinde aus.

Zusätzlich schlagen rund 24% Personalkosten zu Buche. Somit sind von den Erträgen der Gemeinde bereits rund 45,0 Mio. Euro an Transferleistungen und Personalkosten verbucht. Die restlichen Erträge dienen der Gemeinde zur Herstellung und Unterhaltung der Infrastruktur.

Welche Investitionen müssen mit diesen restlichen Erträgen finanziert werden?

Feuerwehrgerätehäuser

Für den Neubau von zunächst zwei Feuerwehrgerätehäusern sind Auszahlungen von etwa 12 Mio. Euro und Anschaffungen für den Brandschutz in Höhe von rd. 4,5 Mio. Euro vorgesehen.

Die in die Jahre gekommenen Feuerwehrgerätehäuser müssen dringend ersetzt werden. Wir können sehr froh sein, eine so leistungsfähige Freiwillige Feuerwehr zu haben, und unsere ehrenamtlich tätige Feuerwehr braucht endlich dem Standard entsprechende Gerätehäuser. Darüber hinaus müssen wir weiter in unsere Feuerwehr investieren, z.B. in dringend benötigte neue Fahrzeuge.

Gymnasium Alfter

Für den Ergänzungsbau des gegründeten Gymnasiums liegen die Kostenschätzungen insgesamt zurzeit bei rd. 80 Mio. Euro. Wir haben beantragt, dass die Verwaltung prüft, ob der Erweiterungsbau für das Gymnasium im Rahmen einer OPP-Vereinbarung (Öffentlich Private Partnerschaft) erstellt werden kann und dadurch Investitionskosten eingespart werden können. Anscheinend ist jedoch eine ÖPP von Seiten der Verwaltung niemals ernsthaft in Erwägung gezogen worden. Dementsprechend wurde auch unser Antrag von der Verwaltung nicht mit der von uns geforderten Ernsthaftigkeit geprüft. Unserer Ansicht nach ist dadurch die Möglichkeit, die Schule durch eine ÖPP zu errichten, verhindert worden.

Hier hat der Bürgermeister Dr. Schumacher zum wiederholten Male sein eigenes Süppchen gekocht und eine mögliche Kosteneinsparung fahrlässig verspielt.

Die Frage, ob die Gemeinde sich eine weiterführende Schule leisten muss, beantworten die Alfterer Grünen mit einem eindeutigen „Ja“, auch weil es eine Pflichtaufgabe darstellt.

Rund 240 Schülerinnen und Schüler verlassen jedes Jahr unsere Grundschulen und wechseln jedes Jahr auf eine weiterführende Schule. Wir bürdeten damit den benachbarten Kommunen auf, zwei komplette vierzügige Schulen für Alfter vorzuhalten, ohne dafür einen finanziellen Ausgleich zu zahlen.

Die Zeiten haben sich jedoch geändert: Wir haben die Information aus den benachbarten Kommunen erhalten, dass aufgrund der dortigen Haushaltslage sowie der Umstellung von G 8 auf G 9 die Kapazität der Schulen bereits ausgelastet ist und sie keine Möglichkeit mehr sehen, unsere Schülerinnen und Schüler in dem Umfang zu beschulen.

Dass der Bedarf für eine Schule in Alfter ganz objektiv gegeben ist, zeigt auch der Umstand, dass das Alfterer Gymnasium mittlerweile mit vier Eingangsklassen statt der ursprünglich geplanten drei belegt ist. Deswegen haben sich die Grünen für eine moderne weiterführende Schule mit einem angemessenen, vertretbaren Raumplan entschieden. Außerdem stellt die Gemeinde trotz des vierzügigen Gymnasiums nicht allen Schülerinnen und Schülern eine wohnortnahe weiterführende Schule zur Verfügung.

OGS Anna-Grundschule im Alfterer Schloss

Der Bund hat ein Gesetz verabschiedet, welches die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken soll. Somit besteht ab dem Schuljahr 2026 ein Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz. Die vorhandenen Räumlichkeiten in der Lukasgasse hätten aber nicht ausgereicht, um den erwarteten Bedarf zu decken. Hier hätten wir für einen Neubau Investitionen in Höhe von rund 4,0 Mio. Euro einplanen müssen.

Durch die Anmietung des Schlosses konnte die OGS der Anna-Grundschule dort untergebracht und ein Neubau vermieden werden.

Unterbringung der Flüchtlinge im Alfterer Schloss

Nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine mussten die Flüchtlinge von dort – in erster Linie Frauen und Kinder – untergebracht werden. Bisher wohnen bei uns Flüchtlinge in gemeindeeigenen und gemieteten Unterkünften. Auch Alfterer Familien nehmen aus humanitären Gründen Flüchtlinge in ihr Haus auf. Doch der aktuell zur Verfügung stehende Raum reicht nicht mehr aus. Zurzeit sind im Alfterer Schloss 70 Flüchtlinge auf vorhandener Fläche untergebracht. Somit konnte verhindert werden, dass für diese Flüchtlinge vorübergehend Turnhallen belegt worden wären. Die mittelfristige Alternative wäre gewesen, ein

neues Wohnheim zu bauen. Zur Info: Der Neubau einer Flüchtlingsunterkunft mit Fertigstellung im Sommer 2023 für 116 Flüchtlinge hat die Gemeinde rund 4 Mio. Euro gekostet. Nach § 1 Flüchtlingsaufnahmegesetz sind die Gemeinden verpflichtet, ausländische Flüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen. Dabei erfolgt die Zuweisung in NRW durch die Bezirksregierung Arnsberg. Die Zuweisung der ausländischen Flüchtlinge erfolgt entsprechend dem Einwohneranteil der Gemeinden an der Gesamtbevölkerung des Landes (Einwohnerschlüssel) und entsprechend dem Flächenanteil der Gemeinde an der Gesamtfläche des Landes (Flächenschlüssel). Für uns ist es unstrittig, dass wir Flüchtlinge aufnehmen. Für uns gilt die Erklärung „Für Respekt, Akzeptanz und Toleranz in Alfter“ aus 2014 nach wie vor.

Zahlen und Fakten zum Schloss

Fakt 1: Für den Bau eines Gebäudes für die OGS sowie für ein weiteres Flüchtlingsheim müsste die Gemeinde Kredite in Höhe von 8,0 Mio. Euro aufnehmen. Für das OGS-Gebäude würden für ein Darlehen (4,0 Mio. Euro) zu 4% Zinsen und 2% Tilgung und auf 29 Jahre gerechnet rund 20.000 Euro pro Monat anfallen.

Fakt 2: Für das Flüchtlingsheim würde ein Darlehen (4,0 Mio. Euro) zu 0% Zinsen (wegen Sonderdarlehen NRW-Bank) und 2% Tilgung anfallen. Auf 17 Jahre gerechnet betragen die Aufwendungen somit bei rund 18.000 Euro pro Monat.

Fazit: Beide Maßnahmen würden mit 38.000 Euro pro Monat zu Buche schlagen. Die monatliche Miete für das Schloss beträgt 10.000 Euro. Hinzu kommen noch 1,5 Mio. Euro mit einer monatlichen Zinsrate in Höhe von 4.875 Euro für die Ertüchtigung des Schlosses. Den Kosten für den Neubau von 38.000 Euro pro Monat stehen Kosten für die Miete des Schlosses von 14.875 Euro pro Monat gegenüber. Die Miete für das Schloss beträgt im Jahr 120.000 Euro. Eine Anhebung der Grundsteuer um 10 Punkte brächte einen Erlös in Höhe von 100.000 Euro. Vor dem Hintergrund des dargelegten Zahlenmaterials war für uns die Anmietung des Schlosses die kostengünstigste Alternative und keineswegs ein Prestigeobjekt der Gemeinde.

Projekt Herrenwingert (ISEK)

Durch die Bündelung von Maßnahmen wie

- Vergrößerung des Vollsortimenters
- Erneuerung der nicht mehr zu sanierenden Turnhalle in Verbindung mit der Kompensation der Schließung der Kaiserhalle
- Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Platz
- Neugestaltung des Schlossparks

sollte der Herrenwingert von einem Parkplatz in einen Platz mit hoher Aufenthaltsqualität umgewandelt werden.

Aufgrund der Haushaltslage haben wir einen umfangreichen Antrag zur Kosteneinsparung vorgelegt. Obwohl wir in 2014 den Antrag zur Umgestaltung des Herrenwingert eingebracht hatten, der Anstoß, die Idee also von unserer Seite aus erfolgte, haben wir nun umfangreiche Einsparpotentiale vorgeschlagen:

1. Schlosspark + Entree	1.425.983 Euro
2. Freianlage	1.341.044 Euro
3. Fassaden + Hofprogramm	280.000 Euro
4. Quartiersarchitektur	77.000 Euro
5. Neugestaltung Dorfplatz	3.493.885 Euro
6. Am Herrenwingert	807.898 Euro
7. Verfügungsfond	50.000 Euro
GESAMT	7.475.810 Euro

Im Laufe der Beratungen zum Haushalt 2024 / 2025 wird hierüber zu entscheiden sein.

Buschkauler Feld und Gewebegebiet Alfter-Nord

Beide Baugebiete werden durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Alfter entwickelt. Die Finanzierung und Vermarktung erfolgt ausschließlich durch die Gesellschaft und verursacht keinerlei finanzielle Aufwendungen im gemeindlichen Haushalt.

Dennoch möchten wir anmerken, dass wir der Bebauung Buschkauler Feld nicht zugestimmt haben. Trotzdem werden wir – da die Satzung beschlossen wurde – die Umsetzung begleiten und versuchen unsere Ideen von einem nachhaltigen Baugebiet einzubringen. Zugegeben sind hier nur noch kleine Schritte möglich.

Sparen JA, aber nicht um jeden Preis

An dieser Stelle muss zunächst darauf hingewiesen werden, dass entgegen der weit verbreiteten Meinung in der Bürgerschaft der Rat weder den Haushalt noch die Hebesätze beschlossen hat. Am 07. Dezember 2023 wird der Haushalt in den Rat eingebracht. Die Fraktionen haben dann bis März 2024 Zeit, den Haushalt zu beraten und Änderungen zu beantragen. Der Hebesatz für 2024 wird auf Vorschlag der Verwaltung hin auf 995%-Punkte angehoben werden.

Wir Grüne werden uns intensiv mit dem Entwurf des Haushalts 2024 befassen. Die von uns in der Lenkungsgruppe eingebrachten Vorschläge stellen für uns eine grundlegende Bedingung zur Zustimmung zum Haushalt dar. Wir Grüne halten auch unsere Forderungen im Bereich Klimaschutz und Verkehrswende aufrecht. Auch diese Politikfelder gehören zur Verantwortlichkeit gegenüber den nachfolgenden Generationen. Deshalb sehen die Alfterer Grünen keinen Spielraum für Abstriche beim Ausbau des Nahverkehrs oder bei Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs.

Wir sind aber auch sehr interessiert Vorschläge von Ihnen zu bekommen und aufzugreifen. Wenden Sie sich gerne an uns.

Wilhelm Windhuis



Gemeinden im föderativen System: Wie kann ihre Handlungsfähigkeit gesichert werden?

Das Thema der ausreichenden Finanzierung der untersten staatlichen Ebene, nämlich der Gemeinden, bereitet Bürgern wie Politikern zunehmend große Sorgen.

Die Gemeinden, auch die Gemeinde Alfter, stöhnen unter den Aufgaben und Lasten, die ihnen Bund und Land NRW ohne Verweigerungsmöglichkeit und ausreichende zusätzliche Ressourcen aufbürden. Sie geraten in große Verschuldung, verlieren ihre Haushaltsautonomie und können die klassischen Grundaufgaben für ihre „Stammbürger“ zunehmend nicht mehr erfüllen. Das krisengetriebene Zusammenwirken von stagnierenden Steuereinnahmen und Zuweisungskürzungen, stark steigenden Kosten für Sachaufwendungen und Personal, darunter die Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen oder der OGS-Anspruch ab 2026, unüberschaubare Aufwendungen mit Blick auf Planung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen sowie stetig neuen Erwartungen an Leistungen der Daseinsvorsorge überfordern Alfter wie alle Gemeinden in NRW.

Das erfordert zum einen eine Vergrößerung der Einnahmehasis der Gemeinden. Andernfalls wird eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung keine langfristigen Erfolge generieren können. Die Kommunen werden gezwungen sein, die Realsteuerhebesätze, z.B. die Grundsteuer, kontinuierlich weiter anzuheben.

Auf jeden Fall bedarf dieser wachsende „Notstand“ der gemeindlichen Selbstverwaltung vertiefter Abhilfeüberlegungen, aber nicht nur auf der Einnahmenseite. Bislang wenig bis gar nicht wird nämlich die Ausgaben-seite diskutiert, die ihnen oft „von Oben“ vorgegeben wird.

Die Gemeinden haben wenige bis überhaupt keine Einwirkungsmöglichkeiten, was die ihren Aufgaben zugrundeliegenden politischen und rechtlichen Entscheidungsprozesse betrifft. Sie können zwar über ihre Verbände Einfluss auf den zu neuen Aufgaben und Belastungen führenden politischen Diskussionsprozess auf der Bundes- oder Landes-

ebene nehmen. Sie können auch versuchen, über wohlgesonnene Abgeordnete im Bundestag oder den Länderparlamenten den eigentlichen Gesetzgebungsprozess oder sonstige politische Entscheidungen zu beeinflussen, damit ihren Anliegen berücksichtigt werden.

Eine formale Beteiligungsmöglichkeit mit Vorschlags- bzw. sogar Veto- oder Blockaderechten, wie sie für die Länder bei zustimmungsbedürftigen Gesetzen im Bundesrat, der „Länderkammer“, existiert, besteht allerdings nicht. Hier sind die Gemeinden auf das Wohlwollen der Bundes- oder Landesebene angewiesen, die oft ganz andere Prioritäten hat oder sogar manchmal froh ist, wenn eine neue Aufgabe nicht sie, sondern die Gemeindeebene trifft.

Eine Forderung bzw. Schlussfolgerung könnte deshalb der Vorschlag sein, eine *Zustimmungspflicht* der Kommunen oder wirksamer noch eine weitere, von der Gesamtheit der Kommunen zu bestimmende dritte Gesetzgebungskammer auf Bundesebene analog zum Bundesrat einzurichten. Der Bundesrat als Vertretung der Länder ist zustimmungspflichtig bei Gesetzesvorhaben, die Verwaltungs- und/oder Finanzlasten für die Länder bewirken. Genauso könnte ein Gremium – nennen wir es „Gemeindekammer“ geschaffen werden, das bei Gesetzen zustimmungspflichtig ist, die Belastungen für die Kommunen bewirken: Erst dann bestünde Gewähr dafür, dass die Gemeinden unmittelbar Gehör finden würden. Stimmt die „Gemeindekammer“ nicht zu, müsste ähnlich wie im Verhältnis Bund/Länder ein Vermittlungsverfahren erfolgen. Kommt es zu keiner Einigung, wäre die Bundesregelung mit Gemeindeauswirkungen abgelehnt. Auf der Europäischen Ebene existiert mit dem Ausschuss der Regionen bereits ein derartiges Gremium, das immerhin ein Anhörungsrecht hat.

Diese Idee sollte auf jeden Fall weiter diskutiert werden.

Arnold Wallraff

Keine Freiräume in verkehrlichen Angelegenheiten für Kommunen: Korsett der Straßenverkehrsordnung bleibt

Bislang ist das Straßenverkehrsrecht darauf ausgelegt, Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs zu gewährleisten. Aufgrund dieser Vorgabe räumte die Straßenverkehrsordnung dem Autoverkehr stets Vorrang gegenüber den anderen Verkehrsteilnehmern ein. Die Gesundheit der Bürger sowie Klimaschutzaspekte spielten keine Rolle. Das wollte die neue Bundesregierung ändern. Der Bundesrat verhinderte dies. Initiator der Ablehnung durch den Bundesrat waren ausschließlich Länder, in denen die CDU an der Regierung mitbeteiligt ist.

Schon lange gilt das Korsett der Straßenverkehrsordnung als eines der großen Hindernisse, eine Verkehrswende zu erreichen. Die Kommunen engagierten sich entsprechend stark für eine Anpassung der gesetzlichen Regelungen an die Notwendigkeiten. Über 1000 Kommunen haben sich mittlerweile der Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“ angeschlossen, die nichts anderes möchte, als das StVG so zu verändern, dass die Gemeinden über die Einführung von Tempo 30 selbst entscheiden können.

Mit dem neuen Straßenverkehrsrecht sollten die Kommunen mehr Freiräume in verkehrlichen Angelegenheiten bekommen. Sie hätten dann die Ziele des Klima- und des Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung als Vorgaben bei der Verkehrsplanung höher gewichten können. Damit hätten Kommunen mehr Möglichkeiten erhalten, auf die verkehrlichen Anforderungen vor Ort zu reagieren. Endlich wäre die Umsetzung von Maßnahmen möglich geworden, die bislang durch das Straßenverkehrsrecht und die darauf fußende Straßenverkehrsordnung schwierig, wenn nicht gar unmöglich gemacht worden war:

Leichtere Einrichtung von Tempo 30-Zonen an Spielplätzen, Fußgängerüberwegen und stark genutzten Schulwegen.

Leichtere Einrichtung von Sonderfahrspuren für klimafreundliche Mobilität, z.B. Elektrobusse, Fahrräder und Fahrzeuge mit mehreren Insassen.

Leichtere Einrichtung von Zonen für Anwohnerparken: Bislang war ein erheblicher Parkdruck nachzuweisen, bevor eine solche Zone eingerichtet werden konnte. Das wäre mit der Gesetzesnovelle weggefallen. Es hätte dann eine Prognose bei der städtebaulichen Planung für diese Zwecke gereicht.

Auch die Gemeinde Alfter hätte von der Gesetzesänderung profitiert. Der Frust bei den Bürgern ist groß, wenn geforderte Fußgängerüberwege nicht genehmigt werden können und Maßnahmen für den Radverkehr oder die Schulwegsicherheit an Gesetzen und Verordnungen scheitern. Das hätte sich jetzt ändern können. Man hätte nicht nur für mehr Sicherheit sorgen, sondern auch umweltfreundliche Mobilität fördern können.

Die Grünen in Alfter fragen sich, wie man je eine Verkehrswende schaffen will, wenn interessierte Kreise einfachste und notwendigste Veränderungen im Verkehrsrecht, noch dazu von den Kommunen gefordert, mit allen Mitteln torpedieren, verschleppen und verhindern.

Die Gesetzesänderung orientierte sich aufgrund von Kompromissen am Notwendigsten. So war in der Novelle ein flächendeckendes Tempo 30 in Städten nicht vorgesehen. Dennoch spielte die CDU im Bundesrat erfolgreich die Rolle des Blockierers. In allen Bundesländern, die dem

Gesetz im Bundesrat keine Zustimmung gegeben haben, war die CDU an der Regierung beteiligt. Nur ein einziges Bundesland mit CDU-Regierungsbeteiligung hat zugestimmt: Schleswig-Holstein.

Zum Scheitern der Neuregelungen im Straßenverkehrsrecht im Bundesrat erklärt die Grünen-Fraktionsvorsitzende Wibke Brems:

„Viele Kommunen mit den unterschiedlichsten politischen Konstellationen setzen sich seit langem für mehr Spielräume ein, um leichter Radwege, Zebrastreifen oder Tempo 30 einrichten zu können. Darunter sind auch viele Städte und Gemeinden aus NRW – von Aachen über Düsseldorf, Paderborn und Münster bis Xanten. Ich habe kein Verständnis dafür, dass die CDU durch ihre Ablehnung der Novellierung des Straßenverkehrsrechts für eine Enthaltung Nordrhein-Westfalens im Bundesrat gesorgt hat. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, uns für mehr Handlungsfreiheit zur Steigerung der Verkehrssicherheit vor Ort einzusetzen. Dass mit dem Scheitern im Bundesrat nun die Verkehrssicherheit vor Ort ausgebremsst wird, ist wirklich bitter. Ich hoffe, dass die Bundesregierung den Vermittlungsausschuss anruft und damit noch Verhandlungen im Sinne der Kommunen möglich sind.“



Martin Metz

Und Martin Metz, Sprecher für Straßenverkehr der Grünen-Landtagsfraktion, ergänzt:

„Wir Grüne trauen den Städten und Gemeinden zu, dass sie vor Ort die richtigen Entscheidungen für sicherere und bessere Verkehrsregelungen treffen können. In Deutschland haben sich gut 1.000, in NRW über 150 Kommunen parteiübergreifend im ‚Bündnis Lebenswerte Städte und Gemeinden‘ zusammengeschlossen und fordern eigentlich noch mehr Möglichkeiten, als im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgelegt wurden. Sie haben aber auch deutlich gemacht, dass zumindest diese Reform des Straßenverkehrsrechts jetzt erfolgen sollte. Mit der Reform könnten Kommunen zum Beispiel Zebrastreifen, Radwege oder Tempo 30 an Schulwegen vor Ort leichter anordnen. Ein menschen- und umweltfreundlicheres Straßenverkehrsrecht ist dringend erforderlich für ein besseres Miteinander auf unseren Straßen und mehr Lebensqualität in unseren Städten und Dörfern.“

Michael Schoerlücke

Die Weihnacht

Die Weihnacht steht

nun vor der Tür.

Was bringt sie mir-

was bringt sie dir?

Ganz sicher

viele schöne Sachen,

die dich und mich

sehr glücklich machen.

Der eine liebt

die feinen Plätzchen,

der andere freut sich

auf andere Schätzchen.

Ich wünsche dir

von ganzem Herzen

ein schönes Fest

mit hellen Kerzen,

die Licht dir sind,

tagein tagaus,

und bringen Freude

dir ins Haus.

Ich wünsche dir,

dass dir gelingt,

all das, was dir

Zufriedenheit bringt.

© H. Jeanette Schroerlücke



ZEIT FÜR GRÜN

Aktuelle Wendung beim Schulbau: Aus 80 Millionen könnten 45 Millionen werden

Die Kostenschätzung von etwa 80 Millionen € für das Gymnasium beruhte auf einer „Machbarkeitsstudie“ des Architekten Beys, die wir Grüne schon vor einem Jahr zurückgewiesen haben (siehe Artikel „Der lange Weg zum Gymnasium“).

Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde die Zahl im September 2023 überraschend bestätigt. Die Lenkungsgruppe des Gemeinderates, die mögliche Kosteneinsparungen diskutierte, wurde vom Beratungsbüro VBD unterstützt, das in einer unabhängigen „Wirtschaftlichkeitsuntersuchung“ auf Baukosten von 78 Millionen Euro kam. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wollte dies nicht einfach hinnehmen. Wir stellten fest:

1. Die im Rat als Prüfungsauftrag beschlossenen weiteren Raumeinsparungen waren nicht einbezogen und die Nebenflächen (Flure usw.) sehr großzügig angesetzt.
2. Für eine Sanierung des bestehenden Schulbaus wurden 10,5 Millionen Euro eingeplant, obwohl dieser Bau gerade erst für viel Geld „ertüchtigt“ wurde.
3. Das Büro hat die zu erwartenden Preissteigerungen mehrfach einkalkuliert und überschätzt. Hierzu haben wir kritische Fragen formuliert, die VBD schließlich am 30. November beantwortete. Das Büro hat unsere Kritik im Kern bestätigt und eingeräumt, sehr großzügig gerechnet zu haben.

In der Gemeindeverwaltung scheint dieser Vorgang noch keine Spuren hinterlassen zu haben. Der Bürgermeister hat die Antwort des Büros auf unsere Kritik ohne jeden Kommentar an den Gemeinderat weitergeleitet.

Deshalb haben wir selbst nochmal gerechnet. Durch die Änderungen, die VBD und der Bürgermeister am 30. November eingeräumt haben, könnte man etliche Millionen Euro einsparen:

- Bis zu 10,5 Millionen werden eingespart, wenn man das bereits aufwändig renovierte Gebäude der ehemaligen Hauptschule nicht noch einmal umbaut, sondern einfach gut nutzt.
- 7,4 Millionen werden eingespart, wenn man die Räume, für die im Gemeinderat Prüfungsaufträge beschlossen wurden, tatsächlich streicht: gesonderte Projekt- und Übungsräume und „Makerspace“, eine zusätzliche Lehrerstation und verteilte Selbstlernflächen.
- Bis zu 6,4 Millionen werden eingespart, wenn man kompakter baut und den Bedarf für Flure, Treppen, Wirtschaftsräume usw. auf ein gutes Normalmaß reduziert.
- Etwa 10 Millionen niedriger würde die Kostenschätzung ausfallen, wenn man die Preisentwicklung der nächsten Jahre realistischer bewertet, wie es VBD jetzt selbst vorgeschlagen hat.

Die Kombination dieser Korrekturen könnte die Baukosten auf 45,3 Millionen Euro senken.

Wir sind Kommunalpolitiker und keine Architekten. Aber eines ist klar: Man kann das Gymnasium wesentlich preiswerter bauen als für 80 Millionen Euro.

Die Gemeindeverwaltung muss endlich aufhören, mit dieser überzogenen Summe zu planen. Und sie muss lernen, kritischer mit Zahlen umzugehen, die Berater ihr vorlegen.

Zugleich sollte die Bürgerinitiative aufhören, mit überhöhten Zahlen Angst zu schüren.

		Wirtschaftlichkeitsuntersuchung VBD vom 5. September	Neuberechnung
Neubau	Nutzfläche - bei Neuberechnung ohne die Flächen, die im Gemeinderat als Prüfungsaufträge beschlossen waren	5.151 m ²	4.449 m ²
	Flächenbedarf einschließlich Flure, Toiletten und Wirtschaftsräume (VBD ging im September von 158,7% der Nutzfläche aus, wir von 140%)	8.175 m ²	6.229 m ²
	Kosten nach Standardsätzen der Deutschen Architektenkammer (4080 € pro m ² Fläche einschließlich sämtlicher Kostengruppen sowie erhöhter Nachhaltigkeitsanforderungen)	33,4 Millionen €	25,4 Millionen €
	Öffentliche Erschließung außerhalb des Baufeldes und Stellplätze	4,8 Millionen €	4,8 Millionen €
	Gesamtkosten ohne Preissteigerungen	38,2 Millionen €	30,2 Millionen €
	Gesamtkosten mit geschätzten Preissteigerungen: Steigung des Baukosten-Index von derzeit 161,3 auf einen Wert von 235,6 (Schätzung VBD vom September) bzw. 204 (Schätzung VBD vom November); im September zuzüglich weitere 10% „konjunkturbedingte Preissteigerung“	61,4 Millionen €	38,2 Millionen €
Sporthalle	Gesamtkosten ohne Preissteigerungen	4,1 Millionen €	4,1 Millionen €
	Gesamtkosten mit geschätzten Preissteigerungen	6,5 Millionen €	5,1 Millionen €
Sanierung Bestand	Das vorhandene Schulgebäude wurde gerade aufwändig ertüchtigt. Statt einer Sanierung rechnen wir vorsichtig mit kleineren Umbauten.	10,5 Millionen €	2 Millionen €
Gesamte Baukosten		78,4 Millionen €	45,3 Millionen €

Eckhard Klieme

Der lange Weg zum Gymnasium

„Die Gemeinden sind Träger der Schulen... Sie sind verpflichtet, Schulen zu errichten, wenn in ihrem Gebiet ein Bedürfnis dafür besteht und die Mindestgröße gewährleistet ist.“

Schulgesetz des Landes NRW, § 78

Das Gesetz ist eindeutig. Niemand kann uns, die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Alfter, aus der Verantwortung für die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen entlassen. Diese Aufgabe müssen wir bewältigen, auch wenn es um weiterführende Schulen ab Klasse 5 geht. Deshalb haben wir Grüne im Gemeinderat für die neue Schule gestimmt. Aber welche Schulform soll es sein, und wie teuer darf sie sein?

Die Schulform wird in Nordrhein-Westfalen seit dem parteiübergreifende „Schulkonsens“ 2011 nicht mehr auf Landesebene, sondern in den Kommunen festgelegt. Damit wurden jahrelange Kämpfe für die Gesamtschule (Bündnis 90/Grüne und SPD) oder dagegen (CDU und FDP) beendet. Allerdings bestimmt allein der Wille der Grundschul-Eltern, für welche Schulform es ein „Bedürfnis“ gibt. Und die „Mindestgröße“ wurde gerade für Gesamtschulen sehr hoch angesetzt: sie brauchen beim Start mindestens vier, Gymnasien und andere hingegen nur drei Klassen.

2011 nutzte der Gemeinderat die neue Freiheit für den Beschluss, die alte Hauptschule einzustellen. Nachdem sich eine Elterninitiative gegründet hatte, wurde eine Gesamtschule auf den Weg gebracht – leider mit dem enttäuschenden Ergebnis, dass nur 89 statt der notwendigen 100 Anmeldungen vorlagen. Betroffene Eltern fühlten sich von der Verwaltung zu wenig unterstützt, die Nachbarkommunen wurden nicht beteiligt, aber auch in der Initiative gab es Rückzieher. 2019 startete der zweite Versuch mit einer vorsichtigeren Taktik: Die eigene Gesamtschule sollte zunächst „im Huckepack“ zusammen mit einem anderen Standort aufgebaut werden. Weil Bornheim nicht mitspielte, verbündete man sich mit Rheinbach – eine Idee, die nur wenige Eltern überzeugen konnte. Beim dritten Anlauf 2022 hatte sich der Trend zum Gymnasium auch in unserer Region so verstärkt, dass über 60 % der Grundschul-Eltern für diese Schulform votierten. Das ließ auch uns Grünen keine andere Wahl, obwohl wir lieber eine Schule für alle mit vielfältigem Schulleben und bestmöglicher Förderung aller Begabungen gegründet hätten.

Das Ende der alten Hauptschule war schon in den 1990er Jahren abzusehen. Die Alfterer Verwaltung wollte es damals nicht wahrhaben, weil man sonst Geld hätte in die Hand nehmen müssen, um eine zukunftsfähige Schule aufzubauen. Das ist nun unabwendbar geworden, weil Bonn und Bornheim keine Kapazitäten mehr für unsere Jugendlichen haben. Auch hier spielt die Landespolitik hinein: CDU/FDP – Regierungen haben das verkürzte Gymnasium (G8) im Jahr 2005 eingeführt und im Jahr 2017 wieder abgeschafft. Jetzt braucht man in unseren Nachbarkommunen Räume und Personal für G9, also für einen vollen neuen Jahrgang.

Der Alfterer Verwaltung und dem Bürgermeister ist vorzuwerfen, die Schulgründung nicht früher und energischer auf den Weg gebracht zu haben. Man hätte – vor allem in Zeiten, da es der Gemeinde finanziell besser ging – günstiger bauen können als heute. Vor allem hätte man sich intensiver um eine regionale Lösung bemühen können. Das Schulgesetz sieht nämlich eine Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen, dem Kreis und der Bezirksregierung vor, wenn eine Gemeinde es nicht allein schafft, die Versorgung sicherzustellen. Spätestens nach dem Scheitern des ersten Gründungsversuches 2012 hätte die Gemeinde aktiv versuchen können, eine regionale Lösung herbeizuführen, die womöglich für Alfter auch preiswerter geworden wäre.

Wir halten es für wichtig, auf Versäumnisse der Vergangenheit hinzuweisen, aber das ändert nichts daran, dass jetzt das Gymnasium aufgebaut werden muss. Dieser Aufgabe stellen wir uns als Fraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN. Unter anderem fordern wir, die wechselseitige Abschtottung der Kommunen endlich einzustellen. Auf unseren Antrag wurde die Alfterer Verwaltung im Oktober beauftragt, sich für die nächsten Jahre mit Bonn und Bornheim abzustimmen, damit Alfterer Kinder weiterhin dort auf Gymnasien angenommen werden, wenn sie ältere Geschwister auf der Schule haben oder gezielt bestimmte Profile anwählen wollen, die es nur dort gibt. Und seit langem setzen wir uns dafür ein, die Baukosten für den Erweiterungsbau des Gymnasiums Alfter auf einem erträglichen Niveau zu halten.

80 Millionen Euro sind zu viel

Seit einem Jahr geistert die Bausumme von 80 Millionen Euro durch die Öffentlichkeit. Der General-Anzeiger wird nicht müde, sie ständig aufs Neue zu erwähnen. Dass der Bürgermeister damit unter Druck gerät, hat er sich selbst zuzuschreiben: Er gab im Sommer 2022 eine umfassende und teure „Machbarkeitsstudie“ in Auftrag, die dann absurd groß und kostspielig plante. Damit war die überhöhte Summe auf dem Tisch und blieb es, auch wenn Bündnis 90/Grüne schon im Dezember 2022 die Rechnungen des Architekten widerlegten und erreichten, dass die Machbarkeitsstudie selbst im Papierkorb verschwand. Im April 2023 hat der Rat leider nur die Hälfte unserer Kürzungsvorschläge zum Raumprogramm der Schule angenommen. Wir setzen uns weiter für eine moderne, aber kostengünstige Schule ein (siehe Artikel „Aktuelle Wendung im Schulbau“), für die Reduzierung von Baukosten z.B. durch Modulbauweise und die Vermeidung unkalkulierbarer Risiken z.B. durch Festpreise im Rahmen einer „öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP)“.

Die Verwaltung hat die Gründung der neuen Schule seit 2022 engagiert betrieben. Aber sie handelt immer wieder langsam, intransparent und unsicher. Nacheinander wurden bzw. werden sieben verschiedene Büros mit Gutachten und Beratungsaufträgen beschäftigt. Auch um weitere Bürokratisierung und Verzögerungen zu vermeiden, haben wir das Modell der ÖPP vorgeschlagen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN arbeiten für ein gerechtes und wirksames Schulsystem. Auf Bundesebene durch das von uns initiierte Startchancen-Programm, das 4000 Schulen in herausfordernder Lage unterstützen wird, und regional durch eine sorgfältige Schulentwicklung.

Dominic Larue, Eckhard Klieme

Klimaschutz und Gesellschaft

1. Einfluss der Medien

„Nicht Tatsachen, sondern Meinungen über Tatsachen bestimmen das Zusammenleben.“

(Epiktet, griechischer Philosoph)

Für eine Klimakrise gibt es keinen Beweis. Sie zu bekämpfen, gefährdet nur den Standort Deutschland und unseren Wohlstand...

Solche Botschaften werden bewusst und gezielt von Medien und Parteien verbreitet, die eher dem rechtskonservativen Lager angehören. Sie kreieren ein „Mem“. Ihre Botschaft oder der Gedanke wird immer weiter kommuniziert – vornehmlich über das Internet. Das Kalkül: Bei ausreichender Wiederholung sinkt die Hinterfragung durch die Leser*innen.

Das Fatale daran ist, dass Gegendarstellungen nur begrenzt wirken, weil sie in der Regel

- nicht auf den gleichen Kanälen erfolgen oder aber
- auf taube Ohren stoßen. Denn viele Menschen, die einfachen Falschbotschaften folgen, wollen sich nicht mit kritischen Gegendarstellungen befassen.

Alfred Adler, Psychologe und Schüler von **Sigmund Freud** nennt dieses Phänomen „*tendenziöse Apperzeption*“. Die Welt wird so wahrgenommen, wie es den „*lebensstiltypischen Sicherungswünschen einer Person entspricht*.“ Aber auch in diesen Fällen lohnt sich ein Blick auf die Realität (s. dazu auch den Beitrag: *Fragen und Fakten zum Klimawandel*).

2. Klimawandel ist ein wissenschaftlich belegtes Phänomen

Klimawandel ist keine Erfindung der Grünen, sondern ein wissenschaftlich eindeutig belegtes Phänomen, das die Existenz der Menschheit gefährdet.

Dahinter stehen Tausende renommierter Wissenschaftler*innen, deren Botschaften nur eine Richtung kennen: Die Klimaveränderungen ereignen sich schneller und dramatischer als angenommen. Sie werden für uns Menschen immer bedrohlicher.

Bei dem Thema geht es keineswegs darum, den Fortbestand von Arten um ihrer selbst willen zu sichern, sondern darum, dass davon unser Überleben abhängt.

Das hält aber einige – auch prominente – Ewiggestrige nicht davon ab, das Gegenteil zu behaupten (sie sind manchmal an abenteuerlichen Frisuren zu erkennen ☺).

„Das Konzept der globalen Erderwärmung wurde von und für die Chinesen geschaffen, um die Produktion in den USA nicht wettbewerbsfähig zu machen.“

(U.S. Präsident Donald Trump auf Twitter am 06.11.2012)

Das penetrante Einhämmern von falschen Botschaften hinterlässt – wie oben beschrieben – leider seine Spuren und findet Nachahmer*innen. Der gerade gewählte Präsident Argentiniens, **Javier Milei** – genannt „*El Loco*“ (der Verrückte) - Rechtspopulist, Anarchokapitalist und Anhänger von **Trump**, hält den Klimawandel ebenfalls für eine Lüge.

Bei uns spricht die AfD in ihrem aktuellen Programm zur Europawahl von „irrationaler CO₂-Hysterie“.

3. Eine deutliche Mehrheit der Deutschen spricht sich für Maßnahmen gegen die Klimakrise aus

Die Medien spielen bei der Verbreitung von Stimmungen eine enorme Rolle – Aufreger bringen Auflage. Das machen sich Populisten gezielt zu Nutze. Es kann gerade bei komplexen Themen wie dem Klimawandel dazu führen, dass die geschätzte und die tatsächliche Befürwortung von Maßnahmen gegen die Klimakrise stark voneinander abweichen. Der Grund liegt darin, dass Menschen, wenn sie sich nicht sicher sind, wie sie sich entscheiden sollen, auf Mehrheitssignale von anderen warten. Dieses Phänomen nennen Sozialpsychologen „*pluralistische Ignoranz*“. Sie kann dazu führen, „*dass am Ende keiner etwas tut*.“

Aus diesem Grunde sind Umfragewerte auch trügerisch. Das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer des Forschungsinstitutes für Nachhaltigkeit des Helmholtz-Zentrums in Potsdam belegt dieses Phänomen. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Befragten bei anderen eine deutlich geringere Zustimmung zur Energiewende unterstellen, als dies bei einer Direktbefragung der Fall ist.

Die Unterschiede sind signifikant: Die geschätzte Befürwortung in der Bevölkerung für den Ausbau der Windkraft im Wohnumfeld liegt bei 32%, die tatsächliche Befürwortung bei einer Direktbefragung dagegen bei 59%. Ähnlich sieht es aus bei kontrovers diskutierten Solaranlagen auf Freiflächen im Wohnumfeld (48% zu 73%). Das bedeutet, dass es nach wie vor eine hohe Zustimmung gibt. 68% befürworten die Energiewende in Deutschland. Kritik richtet sich eher darauf, dass die Verteilung der Lasten nicht ausgewogen ist.

4. Versäumnisse aus der Vergangenheit fallen uns massiv auf die Füße

Deutschland ist weiterhin eine führende Wirtschaftsnation und genießt in weiten Teilen der Welt ein hohes Ansehen. Was wir tun und welchen Weg wir einschlagen, wird im Ausland genau verfolgt und hat eine große Signalwirkung. Das ist auch das Hauptgegenargument gegen die Aussage: Deutschlands Einfluss auf die Klimaveränderung sei zu gering. Die Wirkung übersteigt deutlich das, was wir unternehmen, weil andere unserem Beispiel folgen.

Konservative Regierungen haben die Menschen über Jahrzehnte in der falschen Sicherheit gewogen, dass es mit kleinen Schritten vorgehen könnte. Vor allem die CDU hat den Konflikt Machterhalt versus Zumutungen für die Bevölkerung für ihre Selbstbehauptung genutzt, anstatt die Menschen ehrlich über die Risiken aufzuklären. Das hat ihnen eine lange Regierungszeit beschert. Sie war damit machtpolitisch erfolgreich, es hat aber zwei fatale Auswirkungen:

1. Es führte zu einem Reformstau – v.a. in den Bereichen Klimaschutz, Digitalisierung und Infrastruktur. Die Kosten für die erforderlichen Gegenmaßnahmen sind deshalb exorbitant gestiegen.
2. Die Menschen haben sich daran gewöhnt, dass von ihnen keine Veränderungen gefordert werden. Die Veränderungsbereitschaft ist deshalb im Vergleich zu anderen, dynamischen Volkswirtschaften wie z.B. den USA eher bescheiden („deutsche Bräsigkeit“).

Wäre man der volkswirtschaftlichen Lehre gefolgt, Auswirkungen unserer Lebensweise auf die Umwelt (externe Effekte) dem Verursacher anzulasten (internalisieren), hätte der Markt ganz andere Signale gesendet und wir hätten die Probleme bei Weitem nicht in dem Ausmaß, wie sie uns heute auf die Füße fallen. Stattdessen erreichen die Auswirkungen des von uns verursachten Klimawandels eine Dimension, die von Menschen bald nicht mehr beherrscht werden kann. Wann immer wir einen tipping point überschreiten, kann die Menschheit die Folgen nicht mehr revidieren. Die Kosten steigen ins Unermessliche. Damit werden die Zukunftschancen der nächsten Generationen zerstört. So zählt Deutschland beispielsweise zu den Ländern mit dem höchsten Verlust an Wasservorräten.

„Deutschland hat in 20 Jahren Wasser im Umfang des Bodensees verloren. Das ist unvorstellbar viel Wasser... Der Wasserrückgang in Deutschland beträgt etwa 2,5 Gigatonnen oder Kubikkilometer im Jahr. Damit gehört es zu den Regionen mit dem höchsten Wasserverlust weltweit.“

(**Prof. Jay Famiglietti**, geschäftsführender Direktor des Global Institute for Water Security an der Universität von Saskatchewan, Kanada und ehemaliger leitender Wasserwissenschaftler am Jet Propulsion Laboratory der NASA in Pasadena, Kalifornien.)

Das hat verheerende Auswirkungen auf Land- und Forstwirtschaft. Die Branche, die sich eher der CDU verbunden fühlt, muss sich fragen, ob sie dort noch gut aufgehoben ist.

Lord Stern, früherer Chefökonom der Weltbank, hat bereits 2006 in seinem bekannten „Stern-Report“ festgestellt, dass die wirtschaftlichen Verluste, die der Klimawandel verursacht, deutlich die Kosten übersteigen, um ihn einzugrenzen.

Die chronische Missachtung wissenschaftlicher Fakten hat uns in eine trügerische Sicherheit gewogen, die auf immer dünnerem Eis gründet. Unser rasanter Zuwachs an Wohlstand in den letzten Jahrzehnten beruht auch auf der Ausbeutung der Natur. Statt diesen Mechanismus aufzubrechen, hat die Politik die opportunistische Lösung gewählt. Das offenbart nebenbei auch das Dilemma von Präventionen: Eigentlich sind sie das Mittel der Wahl: Katastrophen treten erst gar nicht ein, weil vorgesorgt wurde. Das Problem dabei ist aber, dass solche strategisch klugen Leistungen nicht erkennbar sind, weil die Katastrophe ja nicht eintritt. Sie bringen keine „Punkte“.

Mit den Folgen dieser falschen Signale müssen sich die folgenden Generationen auseinandersetzen, obwohl sie dafür nicht verantwortlich sind.

Die Richter des Bundesverfassungsgerichtes haben am 29. April 2021 zum Klimaschutzgesetz erklärt, dass es einer Generation nicht zugestanden werden dürfte. „...unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben umfassenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würde“.

Das bedeutet, dass sich die Rahmenbedingungen jetzt mit sehr viel größerer Intensität und größeren Belastungen sehr rasch zu Gunsten der erneuerbaren Energien werden ändern müssen.

Dabei gibt und gab es auch in der CDU kluge Köpfe, die diese Zusammenhänge und Gefahren zeitig erkannt haben.

„Die Energiewende wird in den nächsten Jahren das mit Abstand wichtigste innenpolitische Thema sein“ und: „*Sie ist für die Union mit den Grünen viel leichter zu machen als mit den Sozialdemokraten*.“ ☺

(**Heiner Geißler**, Interview im Stern vom 10.10.2013)

Leider hat die Entwicklung danach einen ganz anderen Verlauf genommen. Statt vorwärts ging es rückwärts. Einen vorläufigen Tiefpunkt markierte der unter Branchenexperten bekannte **Altmaier-Knick**. Der damalige Umweltminister **Peter Altmaier** hatte die EEG-Förderung für Solarstrom rasier. Danach kam es zu einem deutlichen Einbruch beim Ausbau der Photovoltaik.

Ein weiterer fataler Fehler war die Gasversorgung aus Russland über **Nordstream**, vor der die Grünen schon lange gewarnt hatten. Diese Abhängigkeit hat die aktuelle Energiekrise im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine maßgeblich verursacht. Die Kosten müssen wir jetzt ausbaden.

Das ist allerdings noch nicht das Ende – schlimmer geht immer. Was wir jetzt unter **Friedrich Merz** sehen, ist gleich eine doppelte Rolle rückwärts: Es gibt nach wie vor keinerlei konstruktive Vorschläge zur Lösung oder Abmilderung der Klimakrise. Darüber hinaus hat er auch noch die Grünen als Hauptgegner ausgemacht, die seit Jahrzehnten vor der Klimakrise warnen und die deswegen auch viele Zustimmungsverluste hingenommen haben, weil sie eben keinen populistischen Ansatz gewählt haben.

„*Ich halte das für einen groben Fehler von ihm. Der Hauptgegner ist doch die AfD. Stattdessen wählt Merz einen Politikstil, der in Fragen der Migrations- und Energiepolitik nicht mehr von der AfD zu unterscheiden ist. Am Ende wählen die Menschen das Original. Ich kenne viele in der CDU, die sich das nicht gefallen lassen wollen. Ich würde deshalb auch nicht darauf wetten, dass Merz Kanzlerkandidat wird*.“

(**Jürgen Trittin**, Handelsblatt-Interview vom 20.11.2023)

Die CDU unter **Merz** - 68 Jahre - ist eine

„*Partei von gestern, angeführt von einem Vorsitzenden von vorgestern*.“

(**Robert Habeck** anl. des Grünen-Parteitag am 23.11.2023)

Dazu **Christian Stöcker** in einer Wissenschaftskolumne des **Spiegel**:

„*Und Friedrich Merz hatte im August noch beklagt: „Wir liegen bei der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes mittlerweile auf einem der letzten Plätze in Europa, uns droht eine lang anhaltende Wachstumsschwäche*.“

Wieder einmal vergaß Merz zu erwähnen, dass man die marode Infrastruktur noch vor ein paar Jahren, als die Union die Regierung führte, mit sehr billigem Geld oder sogar zu

ZEIT FÜR GRÜN

Klimaschutz und Gesellschaft – Fortsetzung

negativen Zinsen hätte sanieren können – aber das Dogma der „schwarzen Null“ war ja wichtiger als die Zukunft.“

Umfrageorientierte Politik ist populistisch. Bei Fragen von existenzieller Bedeutung ist jedoch staatsmännisches Handeln gefragt. Dazu gehört eben auch, dass parteipolitische Differenzen hinter der Sache zurücktreten müssen. Parteien, die das nicht leisten wollen, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, **wissentlich die Interessen der nächsten Generationen aufs Spiel zu setzen.**

Von der größten Oppositionspartei, die sich über das „C“ dem Erhalt der Schöpfung verpflichtet fühlen sollte, kann man mehr erwarten. Schließlich hat sie den Reformstau maßgeblich verursacht. Dazu zählt auch, den Widerstand gegen die Lockerung der Schuldenbremse aufzugeben. Schließlich geht es um die Transformation hin zu erneuerbaren Energien, die für die Wirtschaft mit enormen Investitionen verbunden ist. Deshalb ist Verlässlichkeit oberstes Gebot. Das dürfte in den CDU-regierten Bundesländern nicht anders gesehen werden und auch in der Wirtschaft regen sich zunehmend Bedenken gegen die Haltung der Union. Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland.

„Wir dürfen uns nichts vormachen: Global findet die Transformation der Industrie statt, weil viele Länder und Unternehmen erkannt haben, dass das die Märkte der Zukunft sind. Nicht irgendwann, sondern in den nächsten Jahren schon.“

(Robert Habeck, Wirtschaftsminister)

Deutschland ist als rohstoffarmes Land in besonderem Maße auf zukunftsweisende Technologie angewiesen. Da helfen verstaubte Rezepte aus der Mottenkiste nicht weiter. Und vor allem brauchen wir mehr Tempo. Unser Land steht am Scheideweg:

„Regierungen müssen sich entscheiden, ob sie vorne dabei sein oder zurückfallen wollen. Deutschland ist ein Hochtechnologieland. Ist es zu langsam bei der Transition, gefährdet es seine wirtschaftliche Basis. Es muss sich fragen, ob es lieber Technologien aus dem 19. Jahrhundert oder aus dem 21. Jahrhundert exportieren will“.

(Lord Stern, Interview im Handelsblatt vom 27.11.2023)

5. Die Bürger*innen müssen beteiligt werden – es geht um ihre Zukunft und ihr Geld

„Wir Menschen sind die einzige Spezies, welche die Kraft hat, unseren Planeten und sein Klima zu zerstören – oder noch zu retten.“

(Klima-Appell des Dalai Lama vom 28.03.2020)

Im internationalen Kontext sind verpflichtende Vereinbarungen zum Klimaschutz naturgemäß schwierig und langwierig. Die entsandten Regierungsvertreter*innen achten penibel darauf, dass keine unzumutbaren Nachteile für ihr Land entstehen. Sie müssen schließlich dazu beitragen, dass die jeweiligen Politiker*innen in Regierungsverantwortung wieder gewählt werden. Große Zumutungen sind nicht möglich.

Ganz anders sieht es dagegen auf kommunaler Ebene aus: Hier gibt es bei allen relevanten Akteuren (Einwohnern, Unternehmen, Politik und Verwaltung) eine große Interessenskonvergenz, wenn auch aus unterschiedlichen Perspektiven:

- Bürger*innen wollen, dass Investitionen in eine sichere Zukunft fließen. Ihnen und den folgenden Generationen soll eine Versorgung mit Strom und Wärme zu Kosten möglich sein, die sie sich leisten können („Klimaschutz aus Eigennutz“).
- Unternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, gerade in Zeiten eines großen und überfälligen Umbruchs.
- Die Politik hat sich bereits auf die Transformation verständigt. Sie ist durch viele Regelungen auf internationaler, EU- und nationaler Ebene auch verpflichtet, Vorgaben zur Erreichung der Klimaneutralität umzusetzen - ebenso die Verwaltung.

Die Gemeinde Alfter hat auf Grund Ihrer Größe gute Voraussetzungen, diesen Prozess zum Vorteil aller Beteiligten umzusetzen: Hier gibt es alles, was für die Transformation zu erneuerbaren Energieträgern benötigt wird: Handwerksbetriebe, Baumarkt, Planungsbüros für PV, Wärmepumpen, Dämmung und seit kurzem auch eine Genossenschaft, die sich mit diesem Thema befasst.

Der politische Wille ist vorhanden:

In der Gemeinde Alfter haben sich alle Fraktionen zu dem Ziel einer klimaneutralen Gemeinde als einer der wichtigsten Zukunftsaufgaben bekannt. Der Rat hat seine Auffassung in seiner Sitzung vom 08.12.2022 noch einmal bekräftigt:

„Die Gemeinde Alfter setzt in ihrem Zuständigkeitsbereich alle Anstrengungen in die Absenkung der Treibhausgasemissionen und erreicht spätestens 2045 die Klimaneutralität.“

Die Gemeinde Alfter hätte sogar das Potenzial, **energieautark** zu werden. Photovoltaik und Windkraft könnten auch den zukünftigen Bedarf (höherer Stromverbrauch auf Grund der Zunahme von E-Autos und Wärmepumpen) aus regionalen Quellen decken. Das bedeutet stabile Preise, eine sichere Versorgung und Unabhängigkeit von großen Konzernen. Wirtschaft und Gesellschaft haben diese Perspektive bereits angenommen und sich darauf eingestellt. Sie bietet ein großes Wertschöpfungspotenzial.

Die wichtigste Voraussetzung ist die **aktive Beteiligung der Bürger*innen**. Es geht um ihr Geld und um ihre Zukunft. Eine solche Kooperation kann nur gelingen, wenn es Lösungsangebote für viele verschiedene Situationen gibt: Für Menschen, die nur wenig investieren können bis hin zu Betrieben, die große Flächen einbringen können.

Im Umweltausschuss vom 31.08.2023 wurde auf Antrag der Grünen mit nur einer Enthaltung beschlossen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Transformation hin zu erneuerbaren Energieträgern unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aktiv voranzutreiben. Dabei soll die Beteiligung in Form von Genossenschaften favorisiert werden. Ihnen soll sehr zeitnah die Gelegenheit eröffnet werden, über ihre Beteiligungsmöglichkeiten zu berichten. Die Energieagentur des Rhein-Sieg-Kreises ist in den Prozess einzubinden“.

Seit über einem halben Jahr gibt es eine Arbeitsgruppe der Grünen, die sich mit Ideen befasst, wie eine solche Umsetzung möglich ist.

Zahlreiche Gemeinden und Städte haben diesen Weg bereits erfolgreich beschritten. Warum sollten wir das in der Gemeinde Alfter nicht schaffen? Wir haben alle Voraussetzungen. Auf den Dächern sehen wir deutlich, dass immer mehr Menschen die Energiewende bereits umsetzen.

Let's go for it.

Nervig im Zusammenhang mit dem Thema Klimawandel sind zwei Dinge:

1. Die Grünen, weil sie den Menschen unbequeme Wahrheiten erzählen. DAS IST POSITIV, auch wenn sie selbst dafür mehrfach deutliche Stimmenverluste hingenommen haben.
2. Die Leichtfertigkeit, mit der ein signifikanter Teil der Bevölkerung Populisten folgt, die gegen jede wissenschaftliche Erkenntnis den Klimawandel leugnet. DAS IST NEGATIV. Es geht zu Lasten der nächsten Generationen und ist eben keine Alternative für Deutschland.

Hermann Huckert



Engagement für ökologische Ausrichtung der Gemeinde: Grüne in Alfter wählen neuen Vorstand

Bei der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes von Bündnis 90/Die Grünen in Alfter wurde ein neuer Vorstand gewählt. Imke Voss und Benedikt Malitte wurden als Doppelspitze zu VorstandssprecherInnen gewählt. Anke Hoffmann ist als Beisitzerin neu im Vorstand. Weiterhin gehören dem Vorstand Stefan Möller (Schatzmeister), Christoph Mirbach (Schriftführer), Michael Schroerlücke und Tobias Lorscheid (Grüne Jugend) an.

Imke Voss, Mitglied der Grünen seit zwei Jahren, engagiert sich als Sachkundige Bürgerin im Personalausschuss des Gemeinderates. Beruflich ist sie im Bundesministerium der Verteidigung tätig und lebt mit ihrer Familie in Alfter-Oedekoven. Ihr politischer Schwerpunkt liegt auf dem Klimaschutz, insbesondere der Anpassung der Gemeinde an die Herausforderungen des Klimawandels sowie auf der Einbindung junger Menschen in politische Arbeit.

Benedikt Malitte ist seit 2017 bei den Grünen und seit 2020 Mitglied im Gemeinderat. Mit seiner Familie lebt er in Alfter-Ort und ist beruflich bei einem renommierten Kölner Verlagshaus tätig. Sein politisches Interesse gilt der gerechten Aufteilung des Straßenraums und, als gebürtiger Ahrtaler, dem Hochwasserschutz im Kontext des Klimawandels.

„Wir fühlen uns stark verantwortlich gegenüber den kommenden Generationen hinsichtlich des Klimawandels. Dies erfordert großes Engagement und die Bereitschaft, Kompromisse mit bestehenden Interessen zu finden, um einerseits unseren Beitrag zur Reduzierung der Erderwärmung zu leisten und andererseits die negativen Auswirkungen steigender Temperaturen für die Bürgerinnen und Bürger in Alfter zu mildern“, betonen Imke Voss und Benedikt Malitte das zentrale Anliegen ihrer politischen Arbeit.

Der neue Vorstand plant in enger Zusammenarbeit mit der Fraktion im Alfterer Rat ein intensives Engagement mit den Bürgerinnen und Bürgern zu allen wichtigen Themen der Gemeinde.

Die Mitgliederversammlung entlastete den alten Vorstand mit herzlichem Dank für die geleistete Arbeit. Besonders hervorgehoben wurde der anhaltende Anstieg der Mitgliederzahl des Ortsverbandes in den letzten Jahren.

Axel Glasmacher



Der neue Vorstand der Alfterer Grünen (v.l.n.r.):

Tobias Lorscheid, Anke Hoffmann, Michael Schroerlücke, Imke Voss, Benedikt Malitte, Christoph Mirbach, Stefan Möller.

ZEIT FÜR GRÜN

Fragen und Antworten zur menschenbedingten Erderwärmung

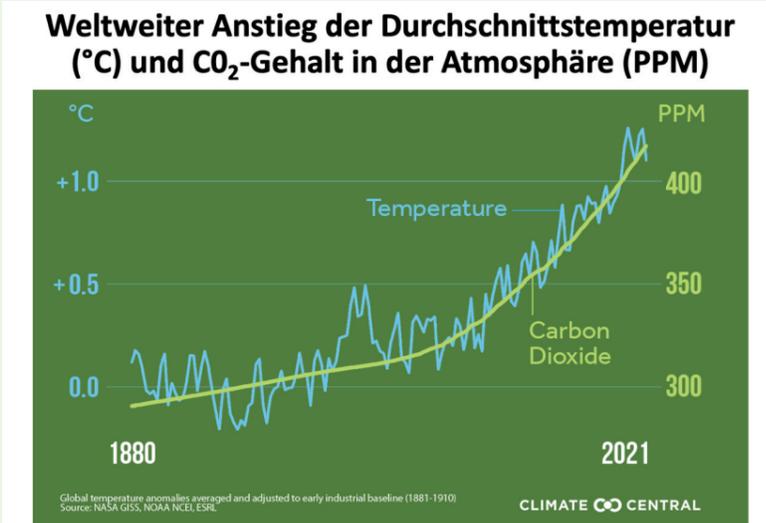
Es ist Sonntagabend, 26. November, die CO₂-Uhr des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC)¹ zeigt an, dass es nach den Angaben des Weltklimarates IPCC aus dem Jahr 2021 noch 5 Jahre, 7 Monate, 26 Tage und 21 Stunden sind, bis das weltweite CO₂-Budget zur Eingrenzung der dauerhaften Erderwärmung auf 1,5°C aufgebraucht ist. Das ist die zurückhaltende Schätzung, andere errechnen mit Daten von 2023, das wir diese Schwelle bereits in 2 Jahren und 10 Monaten erreichen.²

„Da sieht man es wieder: Die Modelle stimmen nicht.“

Die Modelle sind sehr genau, sie beruhen auf den verfügbaren Daten und werden stetig überprüft. Tatsächlich müssen sie von Zeit zu Zeit korrigiert werden, weil die Erderwärmung schneller erfolgt als angenommen und der weltweite CO₂-Ausstoß rascher wächst.

„Das leuchtet mir nicht ein, wo sind die Daten dazu?“

Ja, eine wichtige Frage, schauen wir uns die Zahlen an³. Diese Abbildung zeigt die weltweite Durchschnittstemperatur und den CO₂-Gehalt in der Atmosphäre:



Diese Grafik endet 2021. Jetzt, im November 2023, sagen die Wissenschaftler, dass der durchschnittliche weltweite Temperaturanstieg in den letzten zwölf Monaten 1,32°C betrug. Von Januar bis Oktober 2023 liegen wir bei 1,43°C über dem Durchschnitt der vorindustriellen Zeit. "Dies ist die heißeste Temperatur, die unser Planet seit etwa 125.000 Jahren erlebt hat.", sagt Andrew Pershing, ein Klimaforscher von der gemeinnützigen Organisation Climate Central.^{4,5} Sehr bald erreichen wir die 1,5°C Grenze.

„Ich höre immer CO₂ – wieso ist das denn so wichtig?“

Kohlendioxid (CO₂) ist ein wichtiges Gas in unserer Atmosphäre, ohne CO₂ gäbe es kein Leben auf der Erde. Es wirkt wie eine Decke, die die Wärme von der Erde einfängt und wieder abgibt. Im Gegensatz zu den Hauptbestandteilen unserer Luft, Sauerstoff und Stickstoff sorgt Kohlendioxid dafür, dass die von der Erde ausgestrahlte Wärme nicht einfach ins All entweicht. Ohne Kohlendioxid wäre es auf der Erde zu kalt, da die natürliche Wärmequelle nicht stark genug wäre, um die Durchschnittstemperatur über dem Gefrierpunkt zu halten. Durch menschliche Aktivitäten wird jedoch mehr Kohlendioxid freigesetzt, was den natürlichen Effekt verstärkt und zu einer Erwärmung der Erde führt.⁶ Es ist wie überall: zu viel des Guten schadet.

„Ein wenig wärmer kann doch nicht so schlimm sein, oder?“

Die Zahlen hier geben den Anstieg der langjährigen weltweiten Durchschnittstemperatur über den Durchschnitt der vorindustriellen Zeit (also bis etwa 1850) wieder. Wenn die ganze Welt rund um das Jahr wärmer wird, ist das schon sehr viel Energie, die dann dazu führt, dass das Eis an den Polen und Gletschern abschmilzt, die Weltmeere wärmer werden und viele Gegenden heißer und trockener. So steigen die Meeresspiegel, entstehen Dürren, Brände etc. und die Extremwetterlagen nehmen zu.

„Wieso reden alle über diese 1,5 °C, die wir nicht überschreiten dürfen? Sind z.B. 2 °C nicht auch OK?“

Eine sehr berechtigte Frage! Es gibt unterschiedliche Vorgänge, die zur Erderwärmung führen. Einige verlaufen direkt, wie z.B. ein Topf auf der Herdplatte. Andere dagegen starten erst, wenn eine bestimmte Temperatur erreicht ist und laufen dann unbeeinflussbar weiter ab und erhöhen die Erdtemperatur weiter, auch wenn die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre nicht mehr ansteigen würde. Es gibt gesicherte Erkenntnisse über wenigstens 15 solche Kippunkte für die Erderwärmung mit starker Auswirkung auf das Weltklima.⁷ Beispiele sind der Kollaps des Eisschelfs in Grönland, das Abschmelzen des Eises in der Barentssee oder das Auftauen des borealen Permafrosts. Die Schwellenwerte für die Kippunkte liegen zwischen 1,5°C und 7,5°C, wobei mindestens fünf Kippunkte zwischen 1,5-1,8°C liegen. Daher die Notwendigkeit, unter der 1,5°C Marke zu bleiben.

„Kippunkt?? Wie kann ich mir das vorstellen?“ Zum Beispiel: Wenn ein Glas Wasser auf einem schrägen Tisch rutscht, passiert lange nichts, bis das Glas die Kante erreicht, herunterfällt und zerbricht. Dann hilft es auch nicht mehr, den Tisch wieder gerade zu stellen. Der Kippunkt ist erreicht, der Effekt ist nicht rückgängig zu machen.

„Aber bekannte Politiker sagen, das sei nur Panikmache!“

Das kommt leider immer wieder vor! Ein gutes Beispiel ist Nicola Beer, frühere Generalsekretärin der FDP, die als Spitzenkandidatin ins EU-Parlament gewählt wurde und dort Vizepräsidentin ist. Sie behauptet, Extremwetterlagen als Folge der Erderwärmung wären Fake News und dass alle Wissenschaftler ihr dabei zustimmen würden.^{8,9} Beide Aussagen sind absolut falsch. Der Weltklimarat (IPCC) sagt in seiner aktuellen Stellungnahme, dass die

Zunahme von Extremwetterlagen (Starkniederschläge und Hitzeextreme) Folge des durch den Menschen verursachten Klima-Wandels ist.¹⁰ Konkret, Starkniederschläge wie hier im Jahr 2021 hat es immer schon gegeben, aber in der Zukunft werden sie wesentlich häufiger sein als bisher. Alle seriösen Wissenschaftler stimmen dem zu.

„Immer diese schlimmen Aussichten. Gibt es denn auch gute Nachrichten?“

Ja, die gibt es. Hier ist eine Auswahl:¹¹

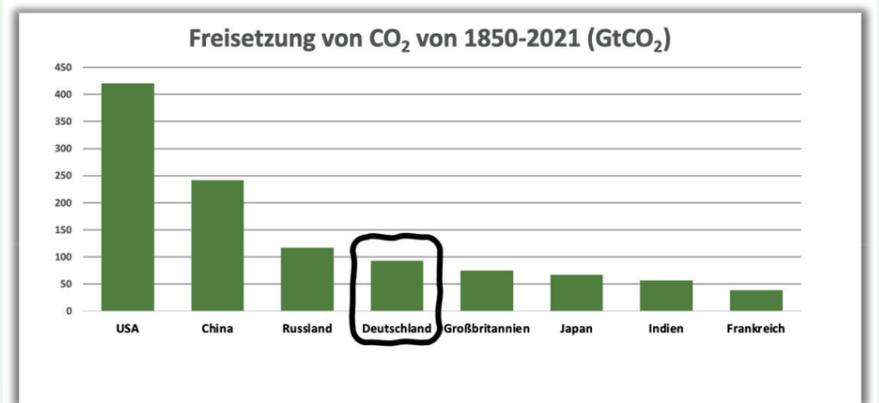
- Das weltweite Investment in den Klimawandel ist auf 1,4 Billionen Dollar gestiegen. Das ist ein steiler Anstieg. Bis 2030 müssen es ca. 9 Billionen Dollar sein.
- 2023 wird China allein Solar-Anlagen mit mehr als 200 Gigawatt (GW) Kapazität in Betrieb nehmen (zum Vergleich: EU 48 GW, US 34 GW). Trotz weiter bestehender Kohleverbrennung leitet China eine Wende ein.
- Auch Deutschland hat schon viele Maßnahmen eingeleitet. Immerhin sind die CO₂-Emissionen von 1990 bis 2022 um ca. 37% gesunken (ca. 1,2% pro Jahr)¹². Allerdings müssen die Emissionen umso schneller abnehmen, desto später wir mit dem Einsparen beginnen. Um das 1,5°C-Ziel zu erreichen, wäre allerdings eine Reduktion um 8% pro Jahr notwendig.

„Ist denn nicht die Migration viel bedrohlicher für unser Land?“

Wir klagen gleichzeitig über den Mangel an Arbeitskräften und den Überschuss an Zufluchtssuchenden. Migration ist ein komplexes Thema, das nicht durch einfache Erklärungen bewältigt werden kann. Es steht jedoch außer Zweifel, dass die Erderwärmung u.a. die Produktion von Nahrungsmitteln einschränkt und hitzebedingte Gesundheitsschäden bewirkt. Es ist wahrscheinlich, dass einige Regionen auf der Welt nicht mehr bewohnbar sein werden.¹³ Damit käme es zu einer weiteren Zunahme der Migration

„Deutschland ist aber im Gesamtbild nur ein unbedeutendes Land.“

Wir können einmal den CO₂-Ausstoß der wichtigsten Länder seit Beginn der Industrialisierung (etwa 1850) bis 2021 betrachten:¹⁴



Bereits in diesem Vergleich liegt Deutschland nach den USA, China und Russland an vierter Stelle. Aber die Einwohnerschaft dieser Länder ist sehr unterschiedlich. Berechnen wir dies pro Kopf der heutigen Bevölkerung, dann liegen Deutschland und Großbritannien sehr nah hinter den USA, während China und Indien weit hinten liegen. Deutschland hat also einen sehr großen Anteil an der Erderwärmung.

„Ich bin schon in Rente und möchte meine Ruhe.“

Darum soll sich die Jugend kümmern.“

Auch wenn diese Haltung verständlich ist, so sind wir, als ältere Generation, doch verantwortlich dafür, wie wir die Welt für unsere Kinder und Enkelkinder hinterlassen. Die gegenwärtigen weltweiten Vereinbarungen zur Verminderung der Erderwärmung werden zu einem Temperaturanstieg von etwa 2,7°C ab ca. 2070 führen. Die Menschen unter 40 Jahren, die dies erleben werden, haben einfach zu wenig Stimmen in Deutschland, um über ihre Zukunft zu entscheiden. Wir Ältere müssen unsere Verantwortung wahrnehmen und zumindest Politiker auswählen, die sich der Realität stellen und diese nicht aus kulturellen Vorurteilen, Einzelinteressen oder wirtschaftlichen Verflechtungen leugnen.

Axel Glasmacher

¹ <https://www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html>

² <https://taz.de/Neue-CO2-Uhr-auf-tazde/15810221/>

³ <https://www.climatecentral.org/graphic/peak-co2-heat-trapping-emissions>

⁴ <https://www.nature.com/articles/d41586-023-03523-3>

⁵ <https://www.climatecentral.org/report/the-hottest-12-month-stretch-in-recorded-history-2023>

⁶ <https://www.climate.gov/news-features/understanding-climate/climate-change-atmospheric-carbon-dioxide>

⁷ McKay et al., Exceeding 1.5 °C global warming could trigger multiple tipping points. Nature 2022; 377: 1171

⁸ „Alle Forscher, die quasi solche Klimaveränderungen über Jahrzehnte, über Jahrhunderte betrachten, sagen, das sind kleine Ausschläge an der Stelle. Das hat über Jahrhunderte betrachtet eben nicht die Brisanz wie das momentan dargestellt wird.“ 10.01.2019; twitter.com/danielmack/status/1083395007162265601?

⁹ <https://taz.de/FDP-Generalsekretarin-Nicola-Beer/15568038/>

¹⁰ IPCC, 2023: Summary for Policymakers. doi: 10.59327/IPCC/AR6-9789291691647.001

¹¹ Nature, J. Tollefson, 21.11.2023. <https://www.nature.com/immersive/d41586-023-03601-6/index.html>

¹² Umweltbundesamt, <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#entwicklung-der-treibhausgase-kohlendioxid-methan-distickstoffoxid>

¹³ IPCC 2023, a.a.O., S. 6

¹⁴ G. Thunberg, The Climate Book, 2022

Unser Bundesparteitag in Karlsruhe: Drei Alterer Grüne „machen, was zählt“

Die 49. Bundesdelegiertenkonferenz in Karlsruhe hat gezeigt: Als Partei machen wir ein umfassendes politisches Angebot für die Breite der Gesellschaft. Wir verstehen es als unsere historische Aufgabe, Wohlstand, Klimaschutz und Gerechtigkeit zusammenzubringen. Drei Grüne aus Alfter waren dabei.

Die Europawahl 2024: Terry Reintke wird Spitzenkandidatin

Im Zentrum der diesjährigen Bundesdelegiertenkonferenz, die unter dem Motto „Machen, was zählt“ stattfand, standen die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament. Wir haben unsere 40-köpfige Europaliste und mit Terry Reintke unsere Spitzenkandidatin für die Europawahl 2024 aufgestellt. Außerdem haben wir unser Europawahlprogramm unter dem Titel „Was uns schützt“ beschlossen.

Mit Terry Reintke haben wir eine erfahrene und leidenschaftliche Spitzenkandidatin aufgestellt; sie wurde mit über 95 Prozent der Stimmen gewählt. Seit neun Jahren kämpft sie im Europäischen Parlament für die Menschen in Europa und die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft, für mehr Gerechtigkeit und eine wehrhafte Demokratie. In ihrer Rede betonte Terry, sie setze sich für ein Europa ein, das „das Klima und Wohlstand schützt, das Gerechtigkeit nach innen und außen lebt.“ Auf Listenplatz zwei wurde Sergey Lagodinsky gewählt. Für den Rhein-Sieg-Kreis war die Bonner Grüne Europaabgeordnete Alexandra Geese auf Listenplatz 11 erfolgreich. Geese, seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments und Digitalexpertin der Fraktion Greens/EFA ist in Lippstadt geboren und in Bonn aufgewachsen, hat maßgeblich an der Ausarbeitung des europäischen Gesetzes „Digital Services Act“ zur Regulierung digitaler Plattformen mitgewirkt und ist seit 2022 stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Ihre Schwerpunkte liegen auf Demokratie im digitalen Zeitalter, nachhaltiger Digitalisierung und Geschlechtergerechtigkeit.

In Wohlstand, Klimaschutz und Gerechtigkeit investieren

Natürlich prägten auch aktuelle Debatten den 49. grünen Parteitag in Karlsruhe. Vor allem das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeshaushalt und die Terrorangriffe der Hamas auf Israel vom 7. Oktober wurden auf dem Parteitag diskutiert. Auch über die aktuellen Herausforderungen in der Migrationspolitik entspann sich eine engagierte und ernsthafte Debatte. Die Haushaltssituation ist nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts ernst. Das machte Robert Habeck in seiner Rede deutlich. Im Kern geht es nun darum, dass der deutsche Industriestandort wettbewerbsfähig bleibt, dass Arbeitsplätze und der gesellschaftliche Zusammenhalt gesichert werden. Der Vizekanzler betonte die Notwendigkeit, durch Investitionen in die klimaneutrale Modernisierung unseres Landes die „Erneuerung des Wohlstands und Erhaltung politischer Souveränität“ zu

sichern. Dafür müsse Deutschland in der Lage sein, zu investieren. Die Schuldenbremse müsse, so Habeck, um eine „grüne Investitionsregel“ ergänzt werden: Die Ausgaben blieben grundlegend gedeckelt, lohnenswerte Investitionen in unsere Infrastruktur hingegen würden ermöglicht. Auch unsere Bundesvorsitzenden Ricarda Lang und Omid Nouripour plädierten für Investitionen und eine sachliche Lösung zum Haushalt.

Solidarität mit Israel

Unsere Außenministerin Annalena Baerbock machte deutlich, dass Israel gegen die Hamas kämpft und nicht gegen die palästinensische Zivilbevölkerung. Es könne nur Sicherheit für Israel geben, wenn auch die Palästinenser*innen eine Zukunftsperspektive haben. Im Beschluss „Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror“ betonten unsere Delegierten, dass die Sicherheit Israels fester Teil der deutschen Staatsräson ist und bleibt. „Wir setzen uns vehement für die Freilassung aller von der Hamas verschleppten Geiseln sowie für Feuerpausen und sichere Korridore ein, damit Hilfslieferungen bei Menschen in Not ankommen können“, heißt es im Text.

Debatte um menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

In einer Welt, die mit den Kriegen in Nahost und der Ukraine zusätzlich in Aufruhr geraten ist, gilt auch für ein so starkes Land wie Deutschland: Vieles gelingt nur europäisch. Europäisch aber kann es gelingen. Wir machen uns deshalb stark für eine handlungsfähige Europäische Union. Sie versetzt uns in die Lage, Einfluss zu nehmen und den Menschen die Sicherheit zu bieten, die sie verdienen. In unserem Europaprogramm, das wir auf dem Parteitag verhandelt und beschlossen haben, beschreiben wir, wie das gehen kann. Mit der Debatte um den Dringlichkeitsantrag „Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik“ bewies die Partei einmal mehr, dass das ernsthafte Ringen um die besten Lösungen zu ihrer DNA gehört. „Das unterscheidet uns von anderen Parteien“, lobte Annalena Baerbock und verteidigte zugleich den Antrag des Bundesvorstands. Letzterer wurde nach intensiven Debatten um Änderungsanträge insbesondere der Grünen Jugend angenommen und verabschiedet. Omid Nouripour erinnerte in seiner Rede, warum es beides braucht: Humanität und Ordnung. „Wer keine Humanität zulässt, der ertmet am Ende Chaos. Abschottungspolitik führt nicht zu Ordnung, sondern zu Chaos. Aber wer keine Ordnung zulässt, kriegt auch keine Humanität. Schaut euch an, was auf den Inseln im Mittelmeer los ist.“ Deutschland ist aus gutem Grund, grundgesetzlich, völkerrechtlich und historisch einer Asyl- und Migrationspolitik der Humanität verpflichtet“, heißt es im Beschluss. Zugleich gelte: „Steuerung, Ordnung und Rückführung gehören zur Realität eines Einwanderungslandes wie Deutschland dazu.“

Moritz Wächter

Ein Stück Alter geht

Am 01.12. öffnete die Bücherei in Alfter zum vorerst letzten Mal für den Publikumsverkehr. Damit endete eine fast 50 Jahre dauernde Ära in der Geschichte des Orts Alfter. In dieser Zeit gab es eine von der Gemeinde und dem Erzbistum Köln gemeinsam betriebene Bücherei, die sowohl ein Ort zum Lesen und Verweilen als auch ein Treffpunkt mit sozialer Komponente war. Dies wurde bei der Verabschiedung von Diplom-Bibliothekarin Franzis Steinhauer durch die Vertreter des Kirchengemeinerverbandes, der Gemeinde und der Alfterer Politik gewürdigt.

Über die letzten 32 Jahre wurde dieser so wichtige soziale und bildungsrelevante Baustein für alle Altersklassen von Franzis Steinhauer geleitet – mit sehr großem Einsatz und viel Leidenschaft. Im Vergleich zu vielen anderen kleinen Büchereien gab es trotz eines schmalen Budgets ein breites Angebot, das weit über die reine Ausleihe von Medien hinausging. Unterstützt durch viele ehrenamtliche Mitarbeiter*innen und den Förderverein Buchstützen e.V. entwickelte sich die Bücherei im Laufe der Zeit von einem Ort, der Bücher, Zeitschriften, Spiele, Filme und vieles mehr anbot, hin zu einer Einrichtung mit Bildungs- und Kulturangeboten für Klein und Groß. Egal ob man über das Bilderbuchkino für die Kleinsten spricht, sich den Leseherbst für Grundschüler anschaut oder die Lesungen für Erwachsene: All das und noch viel mehr war und ist mit einer großen Portion Herzblut umgesetzt worden.

Mit der Entscheidung des Erzbistums Köln, sich aus der Finanzierung dieser (und weiterer Büchereien im Umkreis) zurückzuziehen, kommt bei vielen Kirchenmitgliedern die Frage nach dem Warum auf. So war es auch bei uns, da hier eine Einrichtung, deren Wert für die Allgemeinheit in der heutigen Zeit wichtiger ist denn je, nach einer solch langen Zeit einfach zu Ende geht.

Zwar wird voraussichtlich Mitte 2024 in Kooperation mit der Stadt Meckenheim die Bücherei in Alfter wieder öffnen, aber für den Moment wird es stiller in dem markanten Gebäude gegenüber der St. Matthäus Kirche in Alfter am Herrenwingert. Wir unterstützen das Projekt der Kooperation mit der Stadt Meckenheim tatkräftig und glauben, dass es für den Ort Alfter ein immenser Verlust wäre, solch eine bedeutungsvolle und wichtige Bildungs- und Informationseinrichtung und gleichzeitig einen Treffpunkt für Alle zu verlieren.

Die Buchstützen werden dort erfreulicherweise weiterhin Veranstaltungen abhalten und wir können jeder und jedem empfehlen, eine solche einmal zu besuchen.

Unser großer Dank gilt Franzis Steinhauer und dem gesamten Team der Bücherei sowie den Buchstützen rund um die Vorstandsvorsitzende Brigitte Emmerich, die uns über Jahre hinweg mit Lesestoff und großartigen Veranstaltungen versorgt haben. Wir hoffen, dass wir auch in Zukunft wieder ein solches Angebot im Ort vorfinden. Bis dahin wünschen wir insbesondere Franzis Steinhauer und ihrem Team nur das Beste und eine schöne Weihnachtszeit.

Benedikt Malitte

Generationswechsel an der Fraktionsspitze der Alfterer Grünen

Nach über 20 Jahren als Vorsitzender der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen gibt Wilhelm Windhuis zum 1.1.2024 das Amt in jüngere Hände.

Wilhelm Windhuis wurde 1998 Mitglied unserer Partei und zählte von Anfang an zu den aktivsten Mitgliedern der Grünen in Alfter.

Schon kurze Zeit nach seinem Eintritt in die Partei wurde er deren Vostandssprecher. Er bekleidete dieses Amt bis 2018 und wurde dann von Hans Eggers abgelöst.

In den Rat wurde er 2002 gewählt und war von Anfang an Fraktionssprecher der damals noch dreiköpfigen Fraktion. Seine Zuverlässigkeit und sein umfangreiches Detailwissen wurde nicht nur von den Alfterer Grünen sondern auch von den anderen Parteien im Alfter Rat sehr geschätzt. Unsere Wahlerfolge waren auch seinem großen Engagement zu verdanken. Schließlich haben die Grünen es geschafft, zweitstärkste Fraktion im Alfterer Rat zu werden.

Wir Grüne haben uns vorgenommen, in dieser Ratsperiode einen Generationswechsel zu vollziehen, um auch in Zukunft weiter gute Politik für Alfter machen zu können. Wir waren uns deshalb schon zu Beginn dieser Periode einig, einen neuen Kandidaten für den Fraktionsvorsitz aufzubauen – ein Vorhaben, das sicher nicht jeder Partei so reibungslos gelingt wie uns Grünen.

In unserer letzten Fraktionssitzung in diesem Jahr wurde Dr. Dominic Larue ab dem 01.01.2024 zum neuen Vorsitzenden der seit der Kommunalwahl 2020 zehnköpfigen Fraktion gewählt. Er ist seit 2020 Ratsmitglied. Mit seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden haben wir Grüne einen hervorragenden Nachfolger gefunden und wünschen ihm von ganzem Herzen viel Erfolg! Wir freuen uns auch sehr, dass Mechtild Wallraff-Kaiser uns als stellvertretende Fraktionssprecherin erhalten bleibt.

Glücklicherweise geht man ja niemals so ganz: „Ich denke, dass es an der Zeit ist, den Vorsitz in jüngere Hände zu legen. Ich bleibe der Fraktion erhalten und werde meine Erfahrung weiterhin einbringen“, versprach uns Wilhelm Windhuis.

Michael Schoerlücke



Impressum:

HerausgeberIn:

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
Ortsverband Alfter
Ratsfraktion Alfter
www.gruene-alfter.de

Redaktion: Michael Schroerlücke
Mechtilde Wallraff-Kaiser
Wilhelm Windhuis

V.i.S.d.P.: Michael Schroerlücke
Lorenweg 48
53347 Alfter

Wilhelm Windhuis
Buschhovener Straße 35 b
53347 Alfter

Redaktionschluss: 04. Dezember 2023

Satz, Druck: DWGV Litterscheid
Von-Weichs-Str. 23
53121 Bonn

Sterne: © shutterstock_772265833

Auflage: 10.500 Exemplare

Das Jugendparlament NRW 2023: Tobias Lorscheid von den Alfterer Grünen war für Martin Metz im Landtag

Seit 2008 haben interessierte Jugendliche einmal jährlich die Gelegenheit, umfassende Einblicke in die landespolitische Arbeit zu bekommen. So haben sich auch im November diesen Jahres 195 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren auf den Weg nach Düsseldorf gemacht, um beim 13. Jugendlandtag NRW dabei zu sein.

Höhepunkt der dreitägigen Veranstaltung: Im Rahmen eines Rollenspiels können die Jugendlichen in die Rolle eines Abgeordneten schlüpfen.

Am ersten Tag wurden wir auf unsere Aufgabe vorbereitet: mittels eines umfassenden Demokratietrainings haben wir die Debattenkultur des Landtags vermittelt bekommen.

Am zweiten Tag haben wir in der Fraktion den Vorstand, die Ausschussvorsitzende und

die Themensprecher*innen der Ausschüsse gewählt. Anschließend haben wir unsere Anträge festgelegt.

Nach einer informativen Anhörung zu den Anträgen ging es darauf wieder in die Fraktionen, um einen gemeinsamen Kurs festzulegen. Anschließend haben wir die Ausschussarbeit kennengelernt und wir konnten feststellen, dass sie unter den demokratischen Parteien sehr gut funktioniert hat. Nach einer kurzen Vorbereitung der anstehenden Plenarsitzung in der Fraktion ließen wir den Tag mit einem parlamentarischen Abend ausklingen, bei dem wir mit den „echten“ Abgeordneten sprechen und uns auch darüber hinaus connecten konnten.

Am dritten Tag haben wir als Abgeordnete des Jugendlandtags die Plenarsitzung abge-

halten, bei der ich in die Rolle von Martin Metz geschlüpft bin. In der intensiv geführten Debatte wurden Reden zu Themen wie Fachkräftemangel und der Wichtigkeit von politischer Bildung gehalten.

Nach einer abschließenden Andacht war die Veranstaltung am Samstagmittag leider auch schon vorbei.

Der Jugendlandtag NRW 2023 war eine absolute Bereicherung für mich. Persönlich sind viele positive Einblicke und Erfahrungen vor allem in der Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Fraktionen geblieben. Darüber hinaus wird ein von uns beschlossene Antrag zur Förderung von Ausbildungsplätzen nun tatsächlich im Hauptausschuss des „richtigen“ Landtages behandelt und debattiert.

Tobias Lorscheid